

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen****Bezirksvertretung Köln-Ehrenfeld**

Ehrenfeld - Neuehrenfeld - Bickendorf/  
Ossendorf - Bocklemünd-Mengenich -  
Vogelsang

**Bezirksrathaus Ehrenfeld**

Venloer Str. 419-421  
50825 Köln  
Tel./Fax: 0221/22194-309  
Email: [gruene-bv4@stadt-koeln.de](mailto:gruene-bv4@stadt-koeln.de)  
[www.gruenekoeln.de/Bezirk4](http://www.gruenekoeln.de/Bezirk4)

Herrn Bezirksbürgermeister  
Josef Wirges  
Im Hause

Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker  
Rathaus  
50667 Köln

Eingang beim Bezirksbürgermeister:

**AN/1648/2018**

**Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

Gremium	Datum der Sitzung
Bezirksvertretung 4 (Ehrenfeld)	03.12.2018

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: PV-Anlagen**

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN bittet folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung der Bezirksvertretung am 3. Dezember zu setzen.

**Beschluss**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beauftragt die Verwaltung, fünf mindestens 150m<sup>2</sup> große Dachflächen auf städtischen Liegenschaften im Bezirk Ehrenfeld (Verwaltungsgebäude, Schulen, KiTas, Turnhallen etc.) zu benennen, die für die Installation und Nutzung von Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) zu den Bedingungen des Gestattungsvertrags der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln geeignet sind (siehe [https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf26/mustervertrag\\_photovoltaiik.pdf](https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf26/mustervertrag_photovoltaiik.pdf)). Für diese Flächen sind die für die übliche Eignung notwendigen Angaben, insbesondere auch die statische Lastreserve aufgrund vorhandener Plan- und Berechnungsunterlagen zu spezifizieren.

Die Flächen sind den Bürgerinnen und Bürgern für konkrete, unmittelbare und lokale Bürgerstromprojekte anzubieten. Auf ein Nutzungsentgelt gemäß §3 des Gestattungsvertrags wird verzichtet. Aufgrund der Dringlichkeit wird die Verwaltung beauftragt, zu jeder Bezirksvertretungssitzung ausführlich schriftlich darzustellen, wie der Antrag umgesetzt wurde.

**Begründung**

Das laut Stellungnahme der Verwaltung 3444/2018 von der Stadt Köln praktizierte Verfahren zur Photovoltaik-Dachverpachtung hat gemäß Sachstandsbericht

Energiemanagement von 2017 seit dem ursprünglichen Ratsbeschluss vom 11.05.2000 zur Installation einer einzigen PV-Anlage durch private Betreiber im Stadtbezirk Ehrenfeld im Jahr 2007 geführt. Diese Anlage weist darüber hinaus mit 10kWp die mit Abstand geringste installierte Leistung aller 29 Anlagen im gesamten Stadtgebiet auf. Vor diesem Hintergrund erscheint die Auffassung der Verwaltung, das praktizierte Verfahren trage dem ursprünglichen Ziel Rechnung, grotesk.

Gleichzeitig wollen sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger gerade aufgrund des bevorstehenden Kohle- und Atomausstiegs an der Energiewende beteiligen, um die Klimakrise laut Weltklimarat durch "beispiellose Veränderungen" bei der Stromerzeugung, der Fortbewegung, der Landwirtschaft, Industrieprozessen und der städtischen Infrastruktur zumindest teilweise begrenzen zu können. Gerade Bürgerinnen und Bürger, die über keine eigenen Dachflächen verfügen (z.B. Mieter) sind aber bislang, auch aufgrund des praktizierten Verpachtungsverfahrens, weitgehend von den Marktchancen regenerativer Energieproduktion ausgeschlossen. (Genossenschaftliche) Bürgerstromprojekte schließen diese Lücke, da sie jedem Bürger und jeder Bürgerin die Möglichkeit bieten, sich konkret, unmittelbar und lokal an der Energiewende zu beteiligen und von dieser zu profitieren. Durch die Veröffentlichung derzeit brachliegender Dachflächen im Stadtbezirk Ehrenfeld soll die Möglichkeit zur Beteiligung an der Energiewende transparent gemacht werden. Durch die unentgeltliche Überlassung zu den Bedingungen des Gestattungsvertrags der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln soll der größtmögliche Investitionsanreiz gesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Christiane Martin

Fraktionsvorsitzende



Frank Jablonski

stellvert. Fraktionsvorsitzender